

Wirken in Wirren

Willy Hellpach 1877–1955

Seine schillernde Biographie ist allein schon faszinierend. Mit brillanter Gelehrsamkeit ausgestattet und politischem Ehrgeiz erfüllt, wußte er zu überzeugen, wenn auch seine Wirkung begrenzt schien. Als badischer Unterrichtsminister war er wohl am erfolgreichsten, sicher auch als Hochschullehrer, der zu allen Zeiten seine Hörer gefangen hielt. Ein demokratischer Liberaler und zugleich kritischer „Antiparlamentarier“, wie einige ihn gescholten haben, mit Mussolini sympathisierend und in skeptisch abwehrender Distanz zu Hitler, drum ein Gegner der Rassenideologie, und doch Promotor einer Völkerpsychologie, die andere für „angepaßt“ hielten, charakterfest mit opportunistischen Zügen, auf jeden Fall eine bemerkenswerte Persönlichkeit.

WEG ZUM WISSENSCHAFTLER

Hellpach war ein Schlesier, der in Baden Karriere machte. Am 21. 11. 1871 in Oels geboren, schaffte er in der Kaiserzeit einen Studienabschluss, obwohl er früh den Vater verloren hatte und in beengten Verhältnissen groß geworden war. Der strebsame Schüler und Student, durch Stipendien gefördert, wurde 1900 in Leipzig in Psychologie, 1903 in Medizin promoviert, schloss eine Facharztausbildung in Heidelberg als Neurologe und Psychiater ab und eröffnete 1904 in Karlsruhe eine Praxis. Er habilitierte sich 1906 und lehrte als Psychologe an der Technischen Hochschule Karlsruhe, 1911 als außerordentlicher Professor. Sein akademischer Werdegang war von Themen und Ort her ungewöhnlich. So fand sich an der TH Karlsruhe kein Fachvertreter, der seine Habilitationsarbeit „Grundgedanken zur Wissenschaftslehre der Psychopathologie“ begutachten konnte und Professoren des

Heidelberger Psychologischen Instituts der Universität aushelfen mußten. Den 1. Weltkrieg durchstand er als Militärarzt und erlebte das Kriegsende wie viele Soldaten als tiefgreifenden Einschnitt im allgemeinen Bewußtsein. So entschloss er sich, in eine politische Partei einzutreten, und zwar in die Deutsche Demokratische Partei (DDP), einer linksliberalen Gruppierung, gab aber später zu, er hätte sich „damals ebenso gut zu jeder andern Neugründung“ bekennen können.¹

Hier profilierte er sich bald als politischer Journalist, denn schon als Schüler hatte er begonnen, Artikel zu schreiben. Sein Darstellungsverlangen war so ausgeprägt, dass man ihn später als „Vielschreiber“ kritisierte, was seiner akademischen Laufbahn nicht immer hilfreich war, und der „Heidelberger Beobachter“ verspottete ihn mit dem Spruch: „Hellpach redet über alles, über alles in der Welt“.²

BADISCHER POLITIKER

Die Personaldecke der DDP war dünn, und als sie 1922 für die badische Regierung einen Unterrichtsminister suchte, schlug sie den 45jährigen Hochschullehrer vor. Die Presse war diesem gewogen, denn der Wissenschaftler war nicht nur ein flüssig schreibender Journalist, sondern auch ein brillanter Redner, der als Fachmann wie als Persönlichkeit mit „hervorragenden Führereigenschaften“ charakterisiert wurde.³

Hellpach trat mit dem Anspruch an, den Vorbildcharakter Badens im Schulwesen weiter zu stärken. Zum einem wurde die Simultanschule, die christliche Gemeinschaftsschule als „die angemessene Erziehungsform für ein Volk, das nicht in weltanschauliche Lager zerrissen werden darf“, gefestigt.⁴

Sein Hauptansatzpunkt galt aber den Fortbildungsschulen. 1907 war das Gewerbe- und Handelsschulwesen zuletzt geordnet worden. 1928 schrieb Hellpach rückblickend: „Als ich die Aufgabe ergriff, in Baden das Volks-, Fortbildungs- und Berufsschulwesen mit neuen Lehrplänen auszustatten, stand für mich fest, dass in der Berufsschule niemals die Fachbildung allein Trumpf sein dürfe. Ich stellte die Maxime auf: $\frac{1}{3}$ der Zeit des jugendlichen Menschen seiner Schule, $\frac{2}{3}$ seiner praktischen Lehre; von jenem einem Drittel aber wiederum $\frac{1}{3}$ dem Geist und Gesinnung formenden Unterricht, $\frac{2}{3}$ den ... Fachfächern. Innerhalb jenes wiederum sicherte ich der religiösen Unterweisung abermals $\frac{1}{3}$: das ist nur noch eine Wochenstunde. Es ist besser als nichts, wenn die unterweisende Kraft ihre Sache richtig anzupacken weiß; denn welches Lebensalter ist weiter geöffnet für religiöse Fragen als die Pubertät? Hier hebt ja das religiöse und das ethische Fragen überhaupt erst an, und es gibt Millionen, für die diese Jahre die einzigen im Leben bleiben, da sie einmal um den Sinn des Daseins, um Zeit und Ewigkeit, um Welt und Gott, um den Wert und das Soll des eigenen Ich ringen.“⁵

Zudem erhielten die Gewerbe- und Handelsschulen eine zusätzliche höhere Stufe. Mit zwei Fremdsprachen konnte der Absolvent der dreijährigen Oberhandelsschule mit der Reifeprüfung abschließen, seit 1925 ein Durchbruch des Hochschulzugangs auf einem zweiten Bildungsweg. Zurecht trägt heute eine Heidelberger berufliche Schule Hellpachs Namen. Als Arzt und Psychologe betrieb der Minister eine Aufklärungskampagne gegen das Rauchen in den Schulen, förderte das Jugendherbergswerk und führte „sozialhygienische Kurse für die Lehrerschaft“ ein. Schon 1906 hatte er als Leiter des Instituts für Sozialpsychologie die Arbeitspsychologie in die Universitätslehre an der TH Karlsruhe eingebracht Teil der „Allgemeinen Abteilung“, der späteren Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften.

Andere Impulse prägten seine Sorge um die staatsbürgerliche Erziehung in der neuen Republik, die Förderung eines Geschichtsunterrichts frei von weltanschaulichen Vorgaben und die entsprechenden Neukonzeption

von Lehrbüchern. Als Liberaler sah er aber nicht nur den Staat in der Pflicht, sondern für die Schule forderte er einen Einbezug der Elternschaft. Der Begriff der „Schulgemeinde“ sollte an Wirkung gewinnen. Als Mitglied der Kultusministerkonferenz, der Reichsschulkonferenz zählte der badische Unterrichtsminister zu den führenden Bildungspolitikern. 1924 wurde er turnusgemäß für ein Jahr zum badischen Staatspräsidenten gewählt, eine Plattform, wo er als Redner glänzen konnte. Ende November schied er aufgrund schlechten Abschneidens der Liberalen bei den Wahlen aus, aber bald bot sich eine neue Chance.

REICHSPOLITIK

1925 wurde nach dem Tod Friedrich Eberts die Wahl eines neuen Reichspräsidenten nötig. Die DDP einigte sich auf Hellpach, denn er repräsentiere „mit Würde und Freiheit“ und gelte als der „gegebene Vermittler zwischen Arbeiterpartei und Bürgertum“.⁶ Die Presse begrüßte diese Kandidatur, und die DDP hoffte, in einem zweiten Wahlgang Hellpach als „gemeinsamen Vertreter der republikanischen Parteien“⁷ antreten zu lassen. Doch man setzte dann auf einen anderen, der dem alten Feldmarschall Hindenburg unterlag.

Diese Wahlentscheidung minderte Hellpachs politische Aktivität aber nicht. Seit 1926 veröffentlichte er bis 1933 monatlich auf der ersten Seite der Neuen Züricher Zeitung (NZZ) einen politischen Kommentar, um im Ausland über die deutschen Verhältnisse zu berichten, neben vielen Artikeln in deutschen Publikationen. So kann man sich von seiner Meinung in diesen Jahren ein zutreffendes Bild machen.

1928 stellte sich Hellpach einem neuen Wahlkampf und wurde Reichstagsmitglied, eine Tätigkeit, die zum einen seine wissenschaftliche Arbeit stark einschränkte; zum anderen galt er als Quereinsteiger, der sich im politischen Alltag eines Abgeordneten nur schwer durchsetzen konnte. In diesem Jahr erschien sein Buch „Politische Prognose für Deutschland“, das in vierter Auflage bald einen größeren Leserkreis erreichte. Hier interpretierte er nicht nur seine spezifische psychologische Denkwiese und begann mit jenen Sätzen: „Die Deutschen sind kein Rassevolk.

Wer sie gewaltsam dazu machen, ihr Volkstum auf Rasse, ihr Nationalbewußtsein auf Rasseninstinkt gründen will, wird unausweichlich zum Zerstörer am Deutschtum“ – eine programmatische Abkehr von gängigen Zeitströmungen.⁸ Im Kapitel „Der Staat und seine Ordnung“ setzte er sich auch mit der Weimarer Verfassung auseinander, nicht ohne einen ihrer Väter, Hugo Preuß, dem unter anderem dieses Buch gewidmet ist, zu würdigen. Aufgrund bisheriger Erfahrungen faßt er zusammen: „Der Parlamentarismus hat überall die Mittagshöhe seines Sonnenstandes überschritten. Warum? Weil er selber ein Geschöpf des Glaubens an die Macht der Wortes und der wortgegründeten Dialektik war: ein Kind der frühen Neuzeit, eine Kreatur der humanistischen Lebensform.“⁹ In seinen zahlreichen Artikeln forderte er wenigstens eine Reform, „nicht nur des Parteiwesens. ... Mit täglichem Befremden sehen die Novizen des Parlaments und zwar gerade die gereiften, in anderen politischen Stellungen längst erprobten unter ihnen, auf welche Weise die Parlamentsreform in die Wege geleitet wird“.¹⁰ Eine bürokratische Verfahrensweise ersticke die Effizienz für ihn, der sich als Honoratiorenpolitiker verstand wie sein Heidelberger Kollege Alfred Weber und der 1923 verstorbene Eberhard Gothein. Auch andere Professoren der Ruperto Carola äußerten sich publizistisch in ähnlicher Weise.

Der „Novize“ Hellpach verschärfte in den kommenden Jahren seine Kritik. Nicht nur der „Verklüngelungsprozeß“ wie in der Kaiserzeit, die „Cliquesherrschaft der Parteiführer“, die Rolle des Parlamentarier als „Mietlinge“ von Interessenverbänden kennzeichnen seine zahlreichen Zeitungsartikel; besonders dem Verhältniswahlrecht mit der zunehmenden Zersplitterung der Parteien galt seine Kritik, ein Verfahren, das zu Recht nicht in das Bonner Grundgesetz aufgenommen wurde.

Hinzu kam die Zusammensetzung des Parlaments. „Das deutsche Volk besteht wahrlich nicht nur aus Beamten, Gewerkschaftssekretären, Verbandssyndikern und Parteiredakteuren.“¹¹ Dagegen forderte er immer wieder, mit jugendbewegten Gruppen zusammenzuarbeiten, verwunderte ihn doch, wie die nationalsozialistische Bewegung auf die Jugend eine

große Anziehungskraft ausströmte. Als sich die DDP mit anderen Organisationen zur Deutschen Staatspartei zusammenschloß, nahm er an dieser Entwicklung nicht teil, weil sie seinen Vorstellungen von dem erhofften Sammelbecken nicht entsprach. Im Parlament konnte er nur einmal eine Rede halten – bei dürftiger Präsenz seiner Parteifreunde. 1930 kehrte er dem Reichstag und seiner Partei enttäuscht den Rücken. Die rechte Presse reklamierte diesem Schritt als „Faustschlag gegen die Republik“, was sicher töricht war, verstand Hellpach doch dies als Appell für Strukturreformen. Dennoch geriet er in den Verdacht eines Antiparlamentarier, wobei auch seine befremdlichen Vorstellungen von einer direkten Demokratie mit charismatischen Führern beitrugen, die „autoritärer und damit handlungsfähiger sein sollten“,¹² sicher eine Elite, die aber nicht den Führern der NSDAP entsprach. Nun wurde um 1930 von vielen Politikern eine Parlamentarismuskritik betrieben, die aber ihre demokratische Überzeugung nicht in Frage stellten.

1933–1945

Hellpach unterschätzte wie viele Hitler und seine Bewegung, die er entschieden ablehnte. Dennoch war für ihn das Frühjahr 1933 „auf-rüttelnd und mitreißend, aber auch übermannend und betäubend“. Dem NS-Regime galt er freilich als Prototyp der Weimarer „Systemzeit“, einige seiner Bücher kamen auf den Index und er beschränkte seinen Publikationsdrang auf wissenschaftliche Beiträge. Doch er arrangierte sich, zwar ohne Parteieintritt, aber seine Ausdrucksweise, „die Anleihen bei nationalsozialistischen Vokabeln nahm, erschwerte die Beurteilung seiner Texte ... Hellpach glaubte irrigerweise, Begriffe des Zeitgeistes in seinem Sinne verwenden zu können“, so heißt es in einer jüngsten Dissertation.¹³

DAS LETZTE JAHRZEHT 1945–1955

Nach dem Krieg galt Hellpach als persona grata. Wie eh und je publizierte er, trat aber keiner Partei bei, setzte sich vielmehr später

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS



Sozialistische Einheitspartei Deutschlands · Berlin N 54 · Lothringer Straße 1

ZENTRALSEKRETARIAT

BERLIN N 54 LOTHINGER STRASSE 1

ZENTRALHAUS DER EINHEIT

Herrn
Dr. Wilhelm Helpach
Heidelberg
Landfriedstr. 14

IHRE ZEICHEN

IHRE NACHRICHT VOM

UNSERE ZEICHEN

TAG

10.12.1946

BETREFF

Sehr geehrter Herr Doktor!

Wir dürfen Ihr Interesse an den Problemen einer zukünftigen deutschen Verfassung voraussetzen und sind der Auffassung, dass wir als Deutsche über alle Zonen hinweg eine Aussprache über die zukünftige deutsche Verfassung in Fluss bringen sollten, um die bestehenden Auffassungen zu entwickeln und die strittigen Fragen zu lösen.

Wir erlauben uns daher, Ihnen ein Exemplar des von dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossenen Entwurfes einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik zu übersenden und würden uns freuen, wenn Sie Zeit und Gelegenheit finden würden, Ihrerseits Ihre Gesichtspunkte hinsichtlich einer gesamtdeutschen Verfassung darzulegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Der Parteivorstand

Peter Grottel



1 Anlage

DRAHTWORT:
SED BERLIN

POSTSCHECKKONTO:
BERLIN 58082

BANKKONTO:
BERLINER STADTKONTOR NIK 1,95788

FERNRUUF-SAMMELNUMMER:
425271

(206) Bez. F.

für einen Zusammenschluss von Baden und Württemberg unter dem Namen „Rheinschwaben“ ein. Er wurde Gründungsmitglied der „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“, die eine gesamtdeutsche Verfassung bis zu einem Friedensvertrag vorbereiten wollte. In dieser Funktion erhielt er wohl am 10. Dezember 1946 von Pieck und Grotewohl, den Begründern der Sozialistischen Einheitspartei, den Entwurf für eine Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik mit einem freundlichen Begleitschreiben zugesandt und der Bitte, „wenn Sie Zeit und Gelegenheit finden würden, Ihrerseits Gesichtspunkte ... darzulegen.“¹⁴

Welche Strategie in dem Entwurf verfolgt wurde, war offensichtlich, z. B. umfassende Planwirtschaft, Bekämpfung von „Monopolorganisationen“ wie Konzerne u. a., Überführen aller Bodenschätze in das „Eigentum des Republik“, Enteignung privaten Großgrundbesitzes über 100 ha ohne Entschädigung.

Hellpach antwortete in einem bisher unveröffentlichten Briefwechsel am 15. Mai 1947 mit einem langen Schreiben. Auf die wirtschaftspolitischen Pläne ging er nicht ein, konzentrierte sich vielmehr auf den Regierungsaufbau, Gedanken wiederholend, die er 1928 in seinem Buch „Politische Prognosen für Deutschland“ niedergeschrieben hatte, 1936 von der Reichsschrifttumskammer aus dem Verkehr gezogen. Zunächst bezweifelte er die Fixierung auf eine Verfassung, sei doch „Britannien, das bekanntlich keine solche besitzt, ... dabei nicht unter die Räder gekommen“. Wesentlicher als eine Verfassung sei die Erziehung der Jugend im staatsbürgerlichem Sinn.

Im weiteren sprach er sich für eine „Realdemokratie“ aus im Unterschied zu einer „Formaldemokratie“, die er in der „Weimari-schen“ sah. Die Schweiz und die USA seien ihm Vorbild: „gar nicht genug Teilung der Gewalt ... um das Übermächtigwerden einer Gewalt zu verhüten.“ Er bevorzuge ein Mehrkammersystem – im SED-Entwurf nicht vorgesehen, der sich nur neben Länderregierungen auf das Parlament mit einem starken Präsidium beschränkte. Hellpach spricht sich aber nicht nur für eine Länder-

kammer aus, sondern, wie 1928, für eine dritte Kammer, ganz andersartig, nämlich als berufsständische Körperschaft aufgebaut. Ihn hätte gewundert, „dass die Führung Ihrer Partei, die doch in stetiger Zusammenarbeit mit der russischen Besatzungsmacht steht, ... im Verfassungsentwurf nichts von dem berücksichtigt, was sogar in Art. 165 der Weimarer Verfassung als *Möglichkeit* vorgezeichnet war, nämlich dem sogen. *Räte-Gedanken*; natürlich nicht in mechanischer Abschrift seiner russischen Verwirklichungsgestalt ... wohl aber in sinnvoller Umformung nach den deutschen Verhältnissen“. Wieder zitiert Hellpach die Basis der „beruflichen Werk-tätigkeit“. „Einem solchen (um einmal den russischen Namen zu gebrauchen) ‚Sowjet‘ ließe sich dann die Einzelländervertretung an- oder einbauen, vielleicht in der Weise, dass überhaupt der ‚Sowjet‘ als Zentralvertretung der dezentralisierten *Selbstverwaltungskörper* im Lande unter berufsorganisatorischen Gesichtspunkten konstruiert würde. Ausgewogen durch die drei ‚Rivalen‘ Reichspräsidium – zweite Kammer – Volksbefragung, würde das Parlament des allgemeinen Stimmrechts *zeigen* müssen, ob *seine Qualität* ihm in diesem Spiel der legislativen Kräfte die Vorhand zu sichern vermag. Gelingt ihm das nicht, so verdient er nichts besseres, als *eine* Machtverkörperung neben anderen zu sein.“

Wenn Hellpach das Weimarer Parlament 1930 als „Cliquesherrschaft“ bezeichnet hatte, war er sich aber jetzt bewusst, welche Schwierigkeiten seiner „Realdemokratie“ entgegenstünden, die einen „kulturförderlichen Realsozialismus herbeizuführen vermag“, nämlich die Zusammenführung der „gesamten Selbstverwaltungsdemokratie“ auf allen Gebieten, von den Handelskammern bis zu den Hochschulen. „Die zentrale Geltendmachung dieser Kräfte des Volkslebens wäre eben der Konstruktion einer sinnvollen ‚Sowjet-Kammer‘ zuzuschreiben.“

In der Diktion 1947 wieder Anleihen an ein ideologisches Vokabular, das die Beurteilung seiner Auffassung nicht leicht macht, die aber im Trend der damaligen Diskussion um eine größere Rolle der Volksbefragung liegt trotz Erfahrungen des Mißbrauchs unter dem NS-Regime.

Der Vorstand :
Prof. DrDr W. H e i l p a c h

15. Mai 1947

An die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Zentral-Sekretariat
Berlin N. 54 Lothringerstr. 1

Sehr geehrte Herren ! Sie waren so gütig, mir zwei in Ihrem Verlag veröffentlichte Druckschriften, Entwurf einer Verfassung für die deutsche Republik und O. Grotewohl, Deutsche Verfassungspäne, zuzusenden und meine Stellungnahme hierzu zu wünschen. Ich danke bestens für diese Aufmerksamkeit und versuche, in knappem Umriß eine kritische Stellungnahme Ihnen darzulegen. Um mehr als diesen Umriß kann es sich nicht handeln, denn eine ausführliche Darlegung würde eine neue Druckschrift erfordern, zu der mir gegenwärtig obllig die Muße fehlt. Es wird sich mir vielleicht Gelegenheit bieten, im kommenden Jahre die Probleme einer "realen Demokratie" im Zusammenhang mit denen einer Weltfriedenssicherung eingehender zu erörtern, etwa in Anknüpfung an die Gedankengänge, die ich 1928 in meinem, 1936 seitens der Reichsschrifttumskammer unterdrückten Buche "Politische Prognose für Deutschland" entwickelt hatte - selbstverständlich unter Berücksichtigung des weithistorischen Wandels der Umstände, der sich seither vollzogen hat. Heute muß ich mich auf kurze Anmerkungen beschränken.

1) Ich bin überhaupt nicht in dem Maße paragraphengläubig, daß ich eine ausgearbeitete und gedruckte Verfassung für die unerläßliche Grundlage eines gedeihlichen Staatslebens halte. Britannien, das bekanntlich keine solche besitzt, sondern seit Jahrhunderten unter lauter Herkommen, Konventionen, "Ueblichkeiten" lebt, ist dabei jedenfalls nicht unter die Räder gekommen; im Gegensatz dazu hat alles "Experimentieren mit immer neuen Verfassungen der französischen Nation in den anderthalb Jahrhunderten seit 1789, in denen sie sieben Mal die Staatsform gewechselt hat, die schweren Krisen von 1830, 1852, 1870, 1887, 1899 (Dreyfusade), 1916/17 und 1940 nicht ersparen können. E r z i e h u n g ist wesentlichler als V e r f a s s u n g, und in der Erziehung übt z. B. die Einführung staatsbürgerlicher Belehrung an Verfassungsparagraphen und etwa die Aushändigung von gedruckten Verfassungen an die Zöglinge, wie das Beispiel unserer ersten Republik gezeigt hat, eine sehr geringe Wirkung.

2) Stellt man sich trotzdem auf den Standpunkt, daß unter den deutschen Verhältnissen eine Reichsverfassung schon als Damm gegen das Überwuchern von Partikularismen unentbehrlich sei (und diesen Gesichtspunkt nehme ich durchaus ernst, da auch ich gewisse Spielarten des gegenwärtig so vielberufenen "Foederalismus" für sichere Wege in den Untergang der Deutschen als Nation halte), so müßte m. E. alles darauf angelegt sein, daß die Verfassung eine ~~Re~~ R e a l d e m o k r a t i e sicherstelle und nicht wieder, wie die weimarsche, in einer F o r m a l d e m o k r a t i e hängen bleibe.

Im Hinblick auf diese Zielsetzung nun nähert sich mein eigenes "Inbild" einer künftigen deutschen Verfassung am ehesten den Vorbildern der S c h w e i z und der U S A in der Hinsicht, daß m. E. gar nicht genug Teilung der Gewalten vorgenommen werden kann, um das Übermächtigwerden e i n e r Gewalt zu verhüten. Man darf dabei nur nicht in den Schemen des vorletzten Jahrhunderts stecken bleiben und immer bloß an die Teilung der legislativen, exekutiven und judikativen "Gewalt" denken. Sondern es geht z. B. darum, daß auch noch innerhalb der exekutiven Gewalt zureichende Trennungen eingesetzt seien, etwa zwischen Staatsorganen und Selbstverwaltungskörpern, zwischen Schuloberbehörde, Schulortsleitung und Schulsebstverwaltung (Lehrerkollegium, school city der Zöglinge, Elternvertretung) - vorzüglich auch darum,

daß die Ausübung der gesetzgeberischen Gewalt zwischen mehreren Trägern sichergestellt werde. Neben der streng zu begrenzenden präsidialen Gewalt (die aber innerhalb solcher Begrenzung keineswegs ohnmächtig sein sollte) ~~zwei~~ bevorzuge ich daher ein Mehrkammer-Prinzip, natürlich nicht in Gestalt einer zweiten Kammer, die aus ererbten Vorrechten oder Ernennungen hervorgeht, wohl aber im Sinne der Schweiz und der USA (Nationalrat-Ständerat; Repräsentantenhaus - Senat), etwa also im Sinne einer Länderkammer, die selber dann nach weiter unten zu skizzierenden Gesichtspunkten konstruiert sein könnte. Es liegt nun einmal in der Menschennatur, daß Zusammenballung von Machtbefugnissen in einer Hand (auch wenn diese Hand ein "Kollektivum", wie ein Parlament ist, stets dazu verleitet wird, diese Macht zu übersteigern, zu mißbrauchen, zu absolutieren - und hiergegen gibt es keinen andern Schutz, als die Ausübung durch Gegenmacht, welche jene Macht begrenzt. Macht ist gewiß nicht "das Böse an sich", wie man es vielfach dem Jakob Burckhardt gedankenlos nachreden hört, aber Macht hat es in sich, zum Bösen zu verleiten. Gerade als Psychologe, der die Sozial- und Völkerpsychologie zu seinem besonderen Studien- und Unterrichtsgegenstand gemacht hat, komme ich über diese Elemente der Menschenseele nicht hinweg, um so weniger heute, wo es sich erweisen hat, daß ein großer Teil unseres Unheils aus mangelhafter Psychologie im öffentlichen Leben hervorgegangen ist.

2) Indem ich unterstelle, daß Ihr Parlament ein solches ist, daß aus Wahlen nach einem allgemeinen und gleichen Stimmrecht hervorgeht (Ihr Entwurf läßt ja den Wahlmodus noch offen, worauf aber doch entscheidendes ankäme!), würde ich nun neben diese Kammer eine zweite zu setzen anregen, die nach einem ganz andern Prinzip aufgebaut ist. Und im Hinblick hierauf habe ich mich ein wenig gewundert, daß die Führung Ihrer Partei, die doch in stetiger Zusammenarbeit mit der russischen Exekutivmacht steht, wie es sich ja aus der seit 1945 geschaffenen Zwangslage ergibt, im Verf. Entwurf nichts von dem berücksichtigt, was doch sogar im Artikel 165 der Weimarer Verfassung als Möglichkeit vorgezeichnet war, nämlich vom sogenannten Räte-Geädanken; natürlich nicht in mechanischer Abschrift seiner russischen Verwirklichungsgestalt, denn niemand läßt sich die Verf. einer Nation gleichsam hektographisch vervielfältigen und an andere Völker austellen, wohl aber in sinnvoller Umformung nach den deutschen Verhältnissen. Ich habe seit einem langen Gespräch, das ich i. J. 1923 über diesen Gegenstand mit Hrn. Parvus-Helphand im Beisein des Staatssekretärs Ago Frh. v. Maltzan in einem Berliner geselligen Kreise führte, nicht aufgehört, über diesen Punkt nachzudenken (Helphand galt ja als der erste, 1905 in Erscheinung getretene Redaktor der "Räte-Idee") und habe verwandte Gedankengänge in der "Vossischen Zeitung" und den "Sozialistischen Monatsheften" ~~seit~~ ~~dem~~ danach mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Eine Volksvertretung auf der vom Boden der formalen Rechtsgleichheit aller Erwachsenen her auch noch von der Basis der beruflichen Werkätigkeit her aufzubauen, erschiene mir als eine überaus sinnvolle und praktische Möglichkeit für die Ausübung der Macht des Parlaments allgemeinen Stimmrechts. Einen solchen (um einmal den russischen Namen zu gebrauchen) "Sozjet" liebe ich dann die Einzelländervertretung an oder sogar einbauen, vielleicht in der Weise, daß überhaupt der "Sozjet" als die Zentralvertretung der dezentralisierten Selbstverwaltungskörper im Lande unter berufsorganisatorischen Gesichtspunkten konstruiert würde. Ausgewogen durch die drei "Rivalen": Reichspräsidium - zweite Kammer - Volksbefragung, würde dann das Parlament des allgemeinen Stimmrechts zeigen müssen, ob seine Qualität ihm in diesem Spiel der legislativen Kräfte die Vorhand zu sichern vermag. Gelingt ihm das nicht, so verdient es nichts besseres, als eine Machtverkörperung neben anderen zu sein.

3) Das judikative Problem liegt sehr schwierig. Weitgehendes Mißtrauen gegenüber dem "unabsetzbaren" Berufsrichter ist in politischer nach den Erfahrungen zwischen ~~1919~~ 1919 und 1932 leider nur zu begreiflich. Leider sind die weiteren Erfahrungen mit den "Volksgerichten" der nationalsozialistischen Ära noch viel ~~weniger~~ entmutigender. Denkt man auch den

Terror weg, der hier im Spiele war, so hat doch schon die Beobachtung an den reinen Schwurgerichten gezeigt (und als häufiger psychiatrischer Gutachter habe ich dies Jahrzehntlang mitbeobachten können), daß reine Laienurteile (wie es das "Wahrspruch" der Geschworenen war, der den Berufsrichter in enge Schranken band) namentlich in kritisch erregten Zeitluftten sehr stark von Stimmungen, Affekten, Zufälligkeiten des Tages, auch der personellen Zusammensetzung mitbeeinflusst werden. Ich möchte glauben, daß die künftige "höhere" Rechtsprechung von einer Verknüpfung dreier richtender Kategorien getragen werden sollte: unabsetzbare Berufsrichter mit völliger Unabhängigkeit - "Volksrichter", d. h. sonst irgendwie berufstätigen Menschen von mindestens 30 Jahren Alter, die in bestimmter Schulung rechtskundig geworden sind - Laien im bisherigen Schöffens- und Geschworenen sinne; es würde bei solcher Ausübung der richterlichen Gewalten ("intrajudikative Gewaltenteilung") den Laienrichtern ohne Gefahr fürs Recht unbenommen sein, auch Stimmungsfaktoren der "öffentlichen Meinung" zur Geltung zu bringen, was bei einem Konopol oder Vorrang der Laienrichter eine Gefahr für die objektive Rechtsfindung bedeutet.

4) Ein Problem für sich innerhalb einer echten Realdemokratie, die allein auch einen kulturförderlichen Realsozialismus herbeizuführen vermag, bildet die gesamte ~~ganz~~ Selbstverwaltungsdemokratie, welche ja künftig nicht nur die herkömmlichen Selbstverwaltungen (Kommunen, Handelskammern, Hochschulen usw.) umfassen wird, sondern auch sämtliche Wirtschaftsunternehmen, wie Gutshöfe, Fabriken, Kaufhäuser usw., alles, was als "Betriebsdemokratie" auf dem Wege oder schon im Zuge der Verwirklichung ist. Die zentrale Geltendmachung dieser Kräfte des Volkslebens wäre eben der Konstruktion einer sinnvollen "Sowjet-Kammer" zuzuschreiben. Daß dies leichter so hingeschrieben, als ausgeführt ist, dessen bin ich mir durchaus bewußt; aber das deutsche Volk steht eben, nachdem es sich sein nationales Dasein hat allzu leicht machen wollen, indem es sich einer Diktatur weniger überantwortete, nunmehr vor wirklich schweren Selbstverantwortungspflichten und muß sie bei Gefahr seiner sonstigen Versumpfung und Zerrüttung auf sich nehmen. Es hat nachzuholen, was es zweihundert Jahre fast niemals hat auf sich nehmen wollen (denn sogar seine radikal-liberalen Kreise erwarteten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die politische Mündigkeit als ein Geschenk des damaligen Kronprinzen, wenn der erst an die Regierung käme, und seiner englischen Gattin, nicht etwa als eine Frucht eigenen Kampfes): die durchgehende, bis ins kleinste Lebens- und Wirkensfeld sich erstreckende Verantwortung für sein eigenes Schicksal.

Ich bitte Sie, sehr geehrte Herren, heute mit diesen wenigen Bemerkungen vorlieb nehmen zu wollen,
und verbleibe mit vorzüglicher Hochachtung

Eine Antwort der SED erfolgte nicht, weiß man doch heute, dass die Gruppe Ulbricht nur eine demokratische Fassade wollte, hinter der alles von Kommunisten gesteuert würde.

Die „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“ schmolz dahin, von der Presse kaum mehr beachtet, und den Vorsitz zu übernehmen lehnte Hellpach aus Altersgründen ab. Er hatte noch genug wissenschaftliche Aufgaben als ordentlicher Honorarprofessor zu bewältigen, der nie Ordinarius trotz vieler Bemühungen geworden war. Eine Biographie unter dem Titel „Wirken in Wirren“ verfasste er nach dem Krieg, in der freilich manches offen bleibt. Ausgezeichnet mit dem großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ist er am 6. 7. 1955 in Heidelberg gestorben.

Wie gesagt: eine faszinierende Persönlichkeit, in badischer Liberalität tief verwurzelt, verspäteter Teilhaber an jenem „Heidelberger Geist“, der um die Jahrhundertwende zum Ruhm dieser Stadt beitrug, aber auch eine diffizile Intellektualität, oft auf Gradwanderungen, nicht ohne Eitelkeit ob seiner hohen Begabung und einem professoralem

Geltungsbedürfnis, der sich immer zur Elite zählte, und doch um Volkstümlichkeit rang.

Anmerkungen

- 1 Claudia-Anja Kaune, Willy Hellpach, Mainzer Studien zur Neueren Geschichte, Band 15, Frankfurt/M 2005, S. 71.
- 2 Heidelberger Beobachter, 7. 2. 1931.
- 3 Kaune, S. 92.
- 4 Willy Hellpach, Politische Prognosen für Deutschland, Berlin 1928, S. 346.
- 5 A. a. O. S. 3477 f.
- 6 Kaune, S. 152.
- 7 Vossische Zeitung 13. 3. 1925.
- 8 Polt. Prognosen, S. 9.
- 9 A. a. O. S. 145.
- 10 Neue Züricher Zeitung 18. 7. 1929.
- 11 Kölnische Zeitung 18. 7. 1929.
- 12 Christian Jansen, Professoren und Politik, Göttingen 1972, S. 255.
- 13 Kaune, S. 315.
- 14 Generallandesarchiv Karlsruhe Ka NH 262.

Anschrift des Autors:
Dr. Leonhard Müller
Reinhold-Schneider-Straße 10
76199 Karlsruhe